

BID - Medieninformation vom 05.07.2013

BID fordert Bundesrat auf, die EnEV abschließend zu beraten und der Entschärfung zuzustimmen

Berlin – Der Bundesrat berät heute die zweite Verordnung der Energieeinsparverordnung (EnEV). Der Wirtschaftsausschuss des Bundesrats empfiehlt dabei eine Entschärfung des Entwurfs der Bundesregierung an einem für die Immobilienwirtschaft entscheidenden Punkt.

„Die Wirtschaftspolitiker der Länder haben offenbar erkannt, dass eine Verschärfung der EnEV in zwei Stufen um jeweils 12,5 Prozent als massives Investitionshemmnis wirkt und den gerade in den Ballungszentren notwendigen Wohnungsneubau bremsen würde. Die Anforderungen für Neubauten erst 2016 einmalig um 12,5 Prozent zu verschärfen und auf die erste Stufe zu verzichten, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass dem Wirtschaftlichkeitsgebot stärker Rechnung getragen wird“, sagt Andreas Mattner, Vorsitzender der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland und Präsident des ZIA.

Der ursprüngliche Entwurf der Bundesregierung sieht vor, die Anforderungen an Neubauten 2014 und 2016 jeweils um 12,5 Prozent zu erhöhen. Der federführende Ausschuss für Städtebau, Wohnungswesen und Raumordnung des Bundesrats empfiehlt dagegen, die zwei Stufen der Erhöhung zusammenzuführen und die Anforderungen zum 1. Januar 2016 um 25 Prozent anzuheben. Der Wirtschaftsausschuss schlägt vor, die Anforderungen 2016 einmalig um 12,5 Prozent zu verschärfen.

„Wir fordern den Bundesrat auf, dem Kompromissvorschlag des Wirtschaftsausschusses zuzustimmen und das Verfahren zur EnEV abzuschließen. Verschärfungen über 12,5 Prozent hinaus sind wirtschaftlich nicht tragbar und könnten den Neubau zum Erliegen bringen“, sagt Mattner. Entscheidend ist laut BID, dass es weder überraschend nach der Bundestagswahl, noch nach 2016 weitere Verschärfungen gibt. „Es muss endlich Ruhe einklingen. Die Immobilienwirtschaft braucht langfristig stabile Rahmenbedingungen. Ständige Änderungen an der EnEV führen zu Unsicherheit und wirken als Hemmschuh“, so Mattner weiter.

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, BVI, DDIV, GdW, IVD, vdp, VGF und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info.

Geschäftsführender Verband

Zentraler Immobilien Ausschuss
Wallstraße 16
10179 Berlin

www.bid.info

Büroleitung der BID

Dennis Beyer

Tel.: 030 / 2021 585 41
Mobil 0173 / 59 67 086
Fax: 030 / 20 21 585 29
E-Mail: dennis.beyer@bid.info

Pressekontakt

Denis McGee

Pressesprecher des ZIA

Tel.: 030 / 2021 585 17
Fax: 030 / 20 21 585 29
E-Mail: presse@bid.info

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

BVI Bundesfachverband der
Immobilienverwalter

Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter (DDIV)

GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

Immobilienverband Deutschland
IVD
Bundesverband der
Immobilienberater, Makler,
Verwalter und Sachverständigen

Verband deutscher
Pfandbriefbanken (vdp)

VGF
Verband Geschlossene Fonds

ZIA
Zentraler Immobilien Ausschuss